



BUNDESGERICHTSHOF

BESCHLUSS

I ZB 36/15

vom

10. Februar 2016

in dem Zwangsvollstreckungsverfahren

Der I. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 10. Februar 2016 durch den Vorsitzenden Richter Prof. Dr. Büscher, die Richter Prof. Dr. Koch, Dr. Löffler, die Richterin Dr. Schwonke und den Richter Feddersen

beschlossen:

Die Schuldnerin hat die Kosten des Erinnerungs-, Beschwerde- und Rechtsbeschwerdeverfahrens zu tragen.

Gegenstandswert: 265,95 €

Gründe:

1 I. Der Gläubiger, eine Anstalt des öffentlichen Rechts, ist die unter der Bezeichnung "Südwestrundfunk" tätige Landesrundfunkanstalt in den Bundesländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Er betreibt gegen die Schuldnerin die Zwangsvollstreckung wegen rückständiger Rundfunkbeiträge.

2 Am 6. Juni 2014 ging beim Amtsgericht Mannheim - Gerichtsvollzieherverteilerstelle - ein als "Vollstreckungsersuchen" bezeichnetes Schreiben vom 1. Juni 2014 ein, in dessen Briefkopf sich die nachfolgenden Angaben befanden:

Südwestrundfunk

ARD ZDF Deutschlandradio
BEITRAGSSERVICE.

- 3 Die Gestaltung des Briefkopfs entsprach derjenigen der Vollstreckungsersuchen, die in den Beschlüssen des Bundesgerichtshofs vom 11. Juni 2015 (I ZB 64/14, K&R 2015, 577), 8. Oktober 2015 (VII ZB 11/15, WM 2015, 2374) und 21. Oktober 2015 (I ZB 6/15, juris) abgebildet waren. Das Vollstreckungsersuchen enthielt ferner die Schlussformel "Mit freundlichen Grüßen Südwestrundfunk" und eine "Aufstellung der rückständigen Forderungen" und den vorangestellten Hinweis: "Dem Beitragsschuldner sind bereits Gebühren-/Beitragsbescheide und Mahnungen mit folgenden Daten zugesandt worden:" Die Seite endet mit dem Hinweis: "Dieses Vollstreckungsersuchen ist von einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage gefertigt und ohne Unterschrift und Dienstsiegel wirksam." Der beizutreibende Betrag war mit 265,95 € beziffert.
- 4 Nachdem der Gerichtsvollzieher die Schuldnerin erfolglos zur Zahlung aufgefordert hatte, bestimmte er einen Termin zur Abgabe der Vermögensauskunft. Gegen die Art und Weise der Zwangsvollstreckung legte die Schuldnerin Erinnerung ein.
- 5 Mit Beschluss vom 6. Oktober 2014 hat das Vollstreckungsgericht die Zwangsvollstreckung aus dem Vollstreckungsersuchen für unzulässig erklärt. Die dagegen gerichtete sofortige Beschwerde des Gläubigers hat das Beschwerdegericht zurückgewiesen. Mit der vom Beschwerdegericht zugelassenen Rechtsbeschwerde verfolgt der Gläubiger seinen Antrag auf Zurückweisung der Erinnerung der Schuldnerin weiter.
- 6 Mit Schriftsatz vom 29. Oktober 2015 hat der Gläubiger das Verfahren in der Hauptsache für erledigt erklärt, weil die Schuldnerin die der Zwangsvollstreckung zugrunde liegende Forderung beglichen hat. Die Schuldnerin hat sich zu der Erledigungserklärung nicht geäußert.

7 II. Das Beschwerdegericht ist von der Zulässigkeit und Begründetheit der
Beschwerde des Schuldners ausgegangen. Zur Begründung hat es ausgeführt:

8 Das Vollstreckungsersuchen des Gläubigers habe die Voraussetzungen
der Vollstreckung gemäß § 15a Abs. 4 LVwVG-BW nicht erfüllt. Weder lasse
sich mit hinreichender Deutlichkeit die Bezeichnung der Vollstreckungsbehörde
entnehmen, noch sei der zu vollstreckende Verwaltungsakt ausreichend genau
bezeichnet.

9 III. Die Schuldnerin hat die Kosten des Erinnerungs-, Beschwerde- und
Rechtsbeschwerdeverfahrens zu tragen.

10 1. Die Erledigung der Hauptsache kann noch in der Rechtsmittelinstanz
(vgl. BGH, Beschluss vom 11. Februar 2010 - I ZR 154/08, WRP 2010, 759
Rn. 8 - Bundesdruckerei, mwN), auch noch während des Rechtsbeschwerde-
verfahrens erklärt werden (BGH, Beschluss vom 25. Januar 2007
- V ZB 125/05, NJW 2007, 2993 Rn. 6 ff.). Nachdem die auf die Zustimmung-
fiktion des § 91a Abs. 1 Satz 2 ZPO hingewiesene Schuldnerin der Erledi-
gungserklärung des Gläubigers nicht innerhalb der Notfrist gemäß § 91a Abs. 1
Satz 2 ZPO widersprochen hat, ist über alle bisher entstandenen Kosten des
Vollstreckungsverfahrens einschließlich der Kosten der Vorinstanzen gemäß
der auch im Verfahren der Rechtsbeschwerde geltenden Vorschrift des § 91a
Abs. 1 Satz 1 ZPO nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung des bisheri-
gen Sach- und Streitstands durch Beschluss zu entscheiden. Dabei ist der
mutmaßliche Ausgang des Rechtsbeschwerdeverfahrens zu berücksichtigen.

11 2. Nach diesen Grundsätzen hat die Schuldnerin die Kosten zu tragen, da
die Rechtsbeschwerde des Gläubigers Erfolg gehabt hätte. Die Beschwerde
des Gläubigers war begründet. Entgegen der Ansicht des Beschwerdegerichts

erfüllt das beanstandete Vollstreckungsersuchen die Vollstreckungsvoraussetzungen gemäß § 15a LVwVG-BW. Der Senat nimmt zur Begründung Bezug auf seinen Beschluss vom 11. Juni 2015 (I ZB 64/14, K&R 2015, 577 Rn. 16 ff.), dem sich der VII. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs angeschlossen hat (Beschluss vom 8. Oktober 2015 - VII ZB 11/15, juris Rn. 16 ff.). Im Streitfall sind keine Umstände ersichtlich, die eine davon abweichende Beurteilung rechtfertigen.

Büscher

Koch

Löffler

Schwonke

Feddersen

Vorinstanzen:

AG Mannheim, Entscheidung vom 06.10.2014 - 7 M 20/14 -

LG Mannheim, Entscheidung vom 27.03.2015 - 10 T 133/14 -